

**Die ÖLI-UG, der parteiunabhängige Zusammenschluss von LehrerInnen der APS, BS, AHS und BMHS, nimmt in offener Frist zum Begutachtungsentwurf für ein neues LehrerInnendienstrecht<sup>1</sup> wie folgt Stellung:**

Der von der Regierung ohne sozialpartnerschaftliches Verhandlungsergebnis ausgeschickte Begutachtungsentwurf vom 13. August 2013 entspricht nicht den sozialen und pädagogischen Notwendigkeiten einer demokratischen Schule und den Ansprüchen der ArbeitnehmerInnen auf ihren Aufgaben entsprechende Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Einkommen.

**Die ÖLI-UG lehnt den von der Bundesregierung am 13. August 2013 vorgelegten Entwurf der „Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst“ ab.**

**Die ÖLI-UG fordert die Nationalratsabgeordneten und die Mitglieder der neuen Bundesregierung auf, ohne Verzug und unter Einbeziehung der Begutachtung in ernsthaften und ergebnisorientierten sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen mit der Gewerkschaft ein neues LehrerInnendienstrecht zu erarbeiten und dem Nationalrat ein zukunftsorientiertes vorzulegen,**

- **das gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Anforderungen an Schule und Unterricht und demokratischen Grundwerten entspricht,**
- **das den ArbeitnehmerInnen-Interessen der Lehrerinnen gerecht wird,**
- **das bestehende Arbeitsplätze sichert und zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze schafft. Auch und gerade in Krisenzeiten.**

**Die gesamte Stellungnahme findet sich als Download auf ÖLI- und UG-Homepage,**

**<http://www.oeli-ug.at/> und <http://www.ugoed.at/> .**

<sup>1</sup> Entwurf eines Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz geändert werden und das Unterrichtspraktikumsgesetz aufgehoben wird (Dienstrechts-Novelle 2013 – Päd. Dienst)

## **Unabhängige GewerkschafterInnen für demokratische Schul- und Dienstrechtsreform.**

### **Regierungsentwurf nicht genügend, Drohgebärden aus der AHS-Gewerkschaft entbehrlich, Sozialpartner in Regierung und GÖD gefordert**

Wien (OTS) - Schule und Unterricht haben Reformen bitter notwendig, damit allen Kinder und Jugendlichen bestmögliche Bildungs- und Lebenschancen geboten werden. LehrerInnen brauchen ein neues Dienstrecht, das ihnen ausreichend Zeit für ihre Bildungsarbeit gibt, Zeit für jede Schülerin und jeden Schüler und keine weitere Verdichtung und Erhöhung der Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit.

#### **Wahlkampf auf dem Rücken der LehrerInnen?**

Der im Wahlkampf zusammengestoppelte Dienstrechtentwurf ist nicht genügend. Eine grundlegende Überarbeitung ist notwendig, kein "Drüberfahren" und kein "Verhindern", nicht "Sieger" und "Besiegte", sondern sachorientierte Verhandlungen und eine von Dienstgeber und DienstnehmerInnen getragene Lösung, kein Fortschreiben des abgestandenen Status quo, sondern ein neues Dienstrecht, das Schulreformen nicht behindert und die LehrerInnen als ArbeitnehmerInnen achtet und ihre Bildungsarbeit unterstützt.

#### **Sozialpartnerschaftliche Verhandlungslösung nach den Wahlen**

Das Ankündigen von Kampfmaßnahmen während der Begutachtungsphase liegt weder im Interesse der Gewerkschaft noch im Interesse der LehrerInnen und ihrer SchülerInnen.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen lehnen kontraproduktive Drohgebärden ab, die nichts zu einer soliden Verhandlungsposition nach dem Ende der Begutachtung beitragen. Negative Schlagzeilen schaden allen LehrerInnen und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung.

Für ihre Dienstrechtsverhandlungen brauchen die GÖD-LehrerInnen die Solidarität des ÖGB, der AK und das Verständnis einer breiten Öffentlichkeit für ihre berechtigten Anliegen.

#### **Ablehnung des Begutachtungsentwurfes**

Der Begutachtungsentwurf vom 13. August 2013 entspricht weder den sozialen und pädagogischen Notwendigkeiten einer demokratischen Schule, noch den Ansprüchen der LehrerInnen auf gute Arbeitsbedingungen, leistbare Arbeitszeiten und der verbesserten Ausbildung angemessenes Einkommen.

#### **Faire Verhandlungen nach der Wahl**

Der neu gewählte Nationalrat und die Bundesregierung werden aufgefordert, ohne Verzug und unter Einbeziehung der Begutachtungsergebnisse in ergebnisorientierten sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen mit der Gewerkschaft ein LehrerInnendienstrecht zu erarbeiten,

- das den **gesellschaftlichen Anforderungen an Schule und Unterricht** entspricht,
- das **demokratischen Grundwerte und Mitbestimmungsrechte** achtet,
- das den **ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen** gerecht wird,
- das bestehende Arbeitsplätze sichert und zusätzliche qualifizierte **Arbeitsplätze** schafft. **Auch und gerade in Krisenzeiten.**

Wortlaut der ÖLI-UG-Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf:

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME\\_00542/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00542/index.shtml)